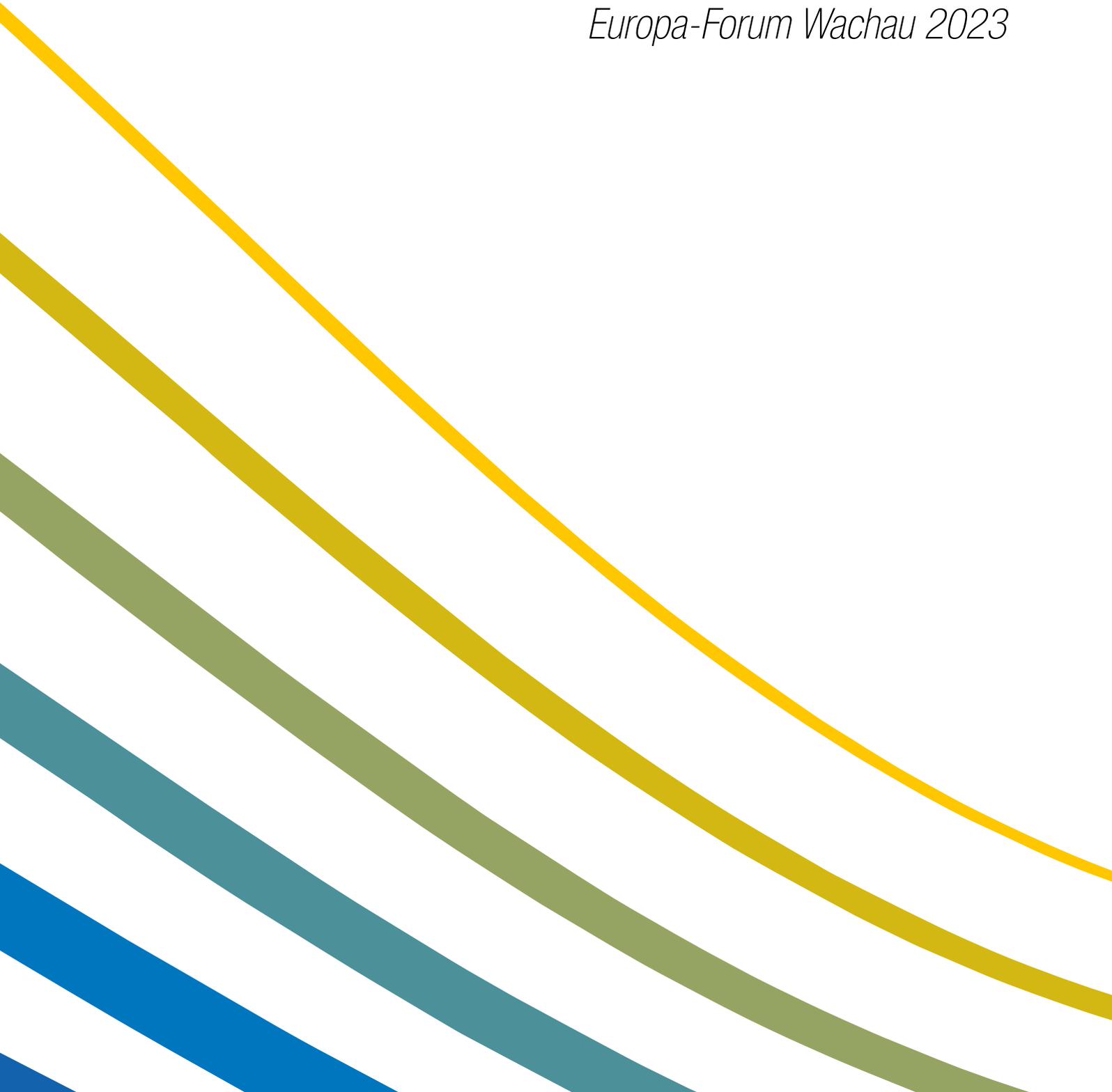


# Ergebnisse des Bürgerbeteiligungsprozesses

Europa-Forum Wachau 2023

---

***Results of the  
public participation process***  
*Europa-Forum Wachau 2023*



„Europa mit seinem Leitbild „In Vielfalt geeint“ ist das erfolgreichste Integrationsmodell der Welt. Dieses zu erhalten und zu stärken ist uns Pflicht und Auftrag. Wenn im November 2024 eine neue Europäische Kommission bestellt wird, muss diese Kommission ein neues Kapitel in der Entwicklung der Europäischen Union aufschlagen. Ziel muss es sein, ein stärkeres und schlagkräftigeres Europa zu schaffen, das als globaler Vorreiter agiert und die auf die Unterstützung der Bewohnerinnen und Bewohner setzt. Die EU funktioniert nicht auf Basis von Über- und Unterordnung, sondern durch Anerkennung von Verschiedenheiten, Zusammenarbeit auf Augenhöhe zwischen ihren Mitgliedern und dem Ausgleich unterschiedlicher Interessen. Wir müssen weiter gemeinsam an einem widerstandsfähigen Europa bauen. Wir tun es für uns und für die kommenden Generationen!“

*“Europe, having chosen „United in diversity“ as its mission statement, is the world’s most successful model of integration. It is our duty and our mandate to maintain and strengthen this model. The new European Commission to be appointed in November 2024 will have to open a new chapter in the history of the European Union. The objective will be to create a stronger and more powerful Europe that acts as a global pioneer and can count on the support of its citizens. The EU does not function on the basis of superiority and subordination, but by recognizing differences, working together as members of equal rights, and balancing diverse interests. We must continue our joint efforts to build a resilient Europe. This is what we owe to ourselves and to future generations!”*

„Mit den Europawahlen 2024 steht uns eine wichtige Entscheidung für die Zukunft der Europäischen Union bevor. Es gilt, die Weichen für die Arbeit an unserem gemeinsamen europäischen Projekt zu stellen. Wir können dies mit viel Optimismus tun, denn Europa bedeutet nicht nur kulturelle Vielfalt und Kreativität, sondern auch die Kraft einer vereinten Gemeinschaft, die auf der Grundlage seiner Werte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit relevante Herausforderungen unserer Zeit mit einem eigenen – einem europäischen Lebensmodell – meistern will. Sich aktiv für unser geeintes, friedliches und starkes Europa einzusetzen ist unser Leitmotiv. Lassen Sie uns gemeinsam die Gestalter einer vielversprechenden Zukunft der EU sein. Denn gerade in aktuell äußerst turbulenten Zeiten ist es wichtig, den internationalen Austausch zu fördern. Dieses Forderungspapier des Europa-Forum Wachau wird auch heuer seiner Rolle gerecht werden, Beiträge zur Weiterentwicklung unserer Europäischen Union zu leisten - zum Wohle unserer Landsleute.“

*“The 2024 elections to the European Parliament will mark an important decision for the future of the European Union. We need to set the course for further work on our common European project. We can do so with a great deal of optimism, because Europe stands not only for cultural diversity and creativity, but also for the strength of a community united on the basis of shared values, such as democracy, the rule of law and freedom, and determined to master the challenges of our time with its own, European way of life. Our guiding principle is to actively advance our united, peaceful and strong Europe. Let us therefore work together to create a promising future for the EU. In times of turmoil like these, it is particularly important to promote international exchange. This year, this position paper of the Europa-Forum Wachau will again fulfil its role by contributing to the further development of the European Union for the benefit of our compatriots.”*



**Johanna Miki-Leitner**

**Landeshauptfrau von Niederösterreich**  
Governor of Lower Austria



**Martin Eichinger**

**Präsident des Europa-Forum Wachau**  
President of the Europa-Forum Wachau

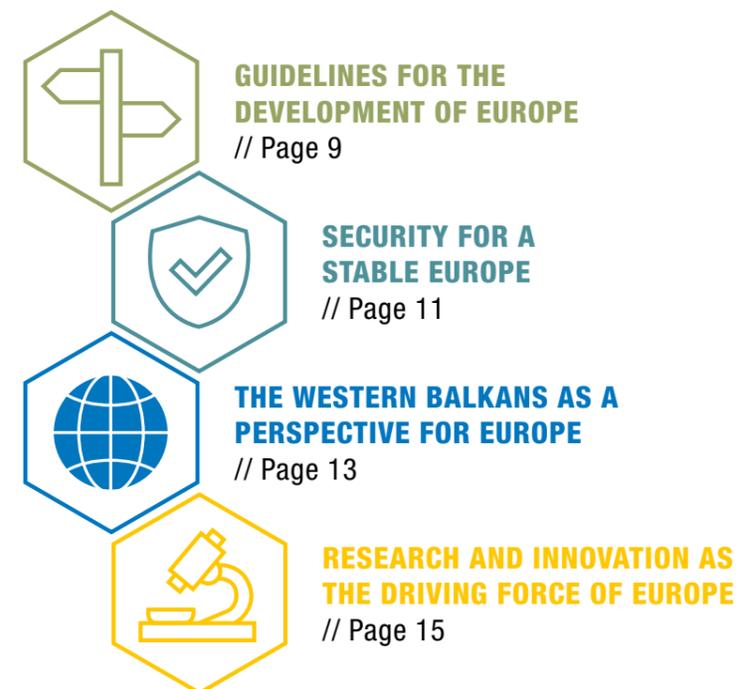
Im Rahmen des 27. Europa-Forum Wachau wurden unter dem Titel „Building a Resilient, Green and Competitive Europe“ im Stift Göttweig und am Campus Krems, die Ziele und Vorstellungen der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher, die im Zuge des Bürgerbeteiligungsmodells Salon Europa-Forum Wachau gesammelt wurden, diskutiert. Gemeinsam mit hochkarätigen Gästen aus Politik, Wirtschaft, Kultur, Medien und Diplomatie wurde über wesentliche Entwicklungen innerhalb der Europäischen Union diskutiert und relevante europäische Themen aufgegriffen. Dabei war es uns ein besonderes Anliegen, die unterschiedlichen Perspektiven zu betrachten und einen gemeinsamen europäischen Weg für eine widerstandsfähige Zukunft Europas zu finden.

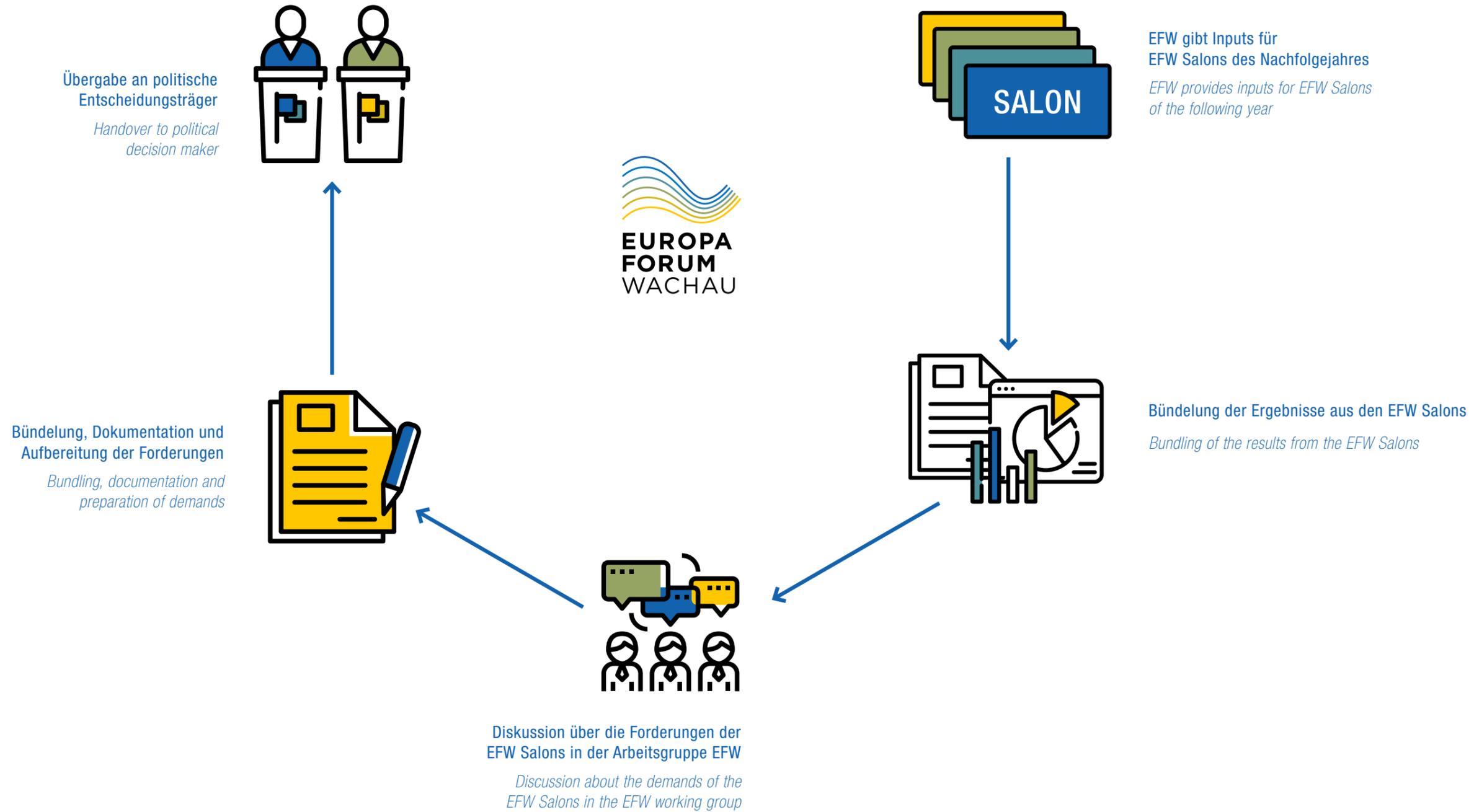
Das vorliegende Papier gliedert sich in die 4 Kernforderungen, welche von Niederösterreich als Auftrag in die Europäische Union eingebracht werden:



Within the framework of the 27th Europa-Forum Wachau, held at Göttweig Abbey and the Krems Campus under the title „Building a Resilient, Green and Competitive Europe“, the goals and ideas of the people of Lower Austria were collected on the basis of a citizen participation model organized as part of the Salon Europa-Forum Wachau. Together with renowned guests from the world of politics, the business community, culture, media and diplomacy, key developments within the European Union were debated and relevant European topics were addressed. It was particularly important for us to consider the different perspectives and find a common European path towards a resilient future for Europe.

This position paper presents Lower Austria's input to the European Union, expressed in the form of four core demands:







Forderungen für eine Neuausrichtung Europas:  
**LEITLINIEN FÜR DIE ENTWICKLUNG EUROPAS**



In den vergangenen Jahren haben uns zahlreiche Umbrüche geprägt – vom Brexit über die Pandemie und den Klimawandel bis hin zur Migrationskrise, dem Ukraine-Krieg und der Teuerung. Diese Herausforderungen stellen viele vor die Aufgabe, ihren Standpunkt in Europa neu zu bestimmen. Gleichzeitig steht Europa vor der dringenden Notwendigkeit, seinen Platz in der Welt zu stärken, denn wir befinden uns in einer Ära der Unsicherheiten und Verunsicherung. Einige Menschen hegen sogar den Wunsch, die Europäische Union vollständig in Frage zu stellen, was nicht nur kurzfristig, sondern für alle äußerst gefährlich ist. Es ist wichtig zu erkennen, dass wir nur gemeinsam als Teil des großen Ganzen diese großen Herausforderungen bewältigen können. Wenn sich

- Wettbewerbsfähigkeit stärken
- Technologieoffenheit fördern

**WETTBEWERBSFÄHIGKEIT STÄRKEN**

Es gilt, die Wettbewerbsfähigkeit der EU gegenüber den USA und Asien zu stärken, da sie die Grundlage des Wohlstands unserer Bürgerinnen und Bürger auf unserem Kontinent bildet. Neben der Wahrung von Frieden und Freiheit stellt dies eine der wichtigsten Aufgaben dar. Es ist entscheidend, darauf zu achten, dass gut gemeinte Auflagen nicht zu einer Gefährdung der Wettbewerbsfähigkeit führen. Wenn Auflagen dazu führen, dass Unternehmen abwandern und dadurch 10.000 Arbeitsplätze sowie Existenzen gefährdet werden, ist dies kontraproduktiv. Die EU sollte sich nicht in einer Union von Geboten und Verboten verlieren, sondern stattdessen Freiheit und Wettbewerbsfähigkeit fördern. Eine ausgewogene Strategie ist notwendig, um die Stärken der EU zu erhalten und gleichzeitig Innovation und Wettbewerbsfähigkeit zu fördern.

**TECHNOLOGIEOFFENHEIT FÖRDERN**

Die EU-Klimapolitik muss die Technologieoffenheit zum obersten Gebot machen. Im Kampf gegen den Klimawandel dürfen Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit nicht gegeneinander ausgespielt werden. Ökologie und Ökonomie sollten nicht als Konkurrenten betrachtet werden. Es bedarf keines „Entweder-Oder“; das zukünftige Europa benötigt beides. Der Green Deal darf nicht zum Dealbreaker für die Wirtschaft werden und sollte nicht ausschließlich nach innen gerichtet sein. Klimaschutz ist wichtig, aber ebenso entscheidend ist der Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger. Es ist essenziell, eine ausgewogene Strategie zu verfolgen, die sowohl Umweltschutz als auch wirtschaftliche Leistungsfähigkeit berücksichtigt.

**BÜROKRATIE ABBAUEN**

Wenn die Union die heimischen Betriebe gerade beim Green Deal mitnehmen will,

die Herausforderungen ändern, muss sich auch die Gemeinschaft hinterfragen und neu ausrichten, ohne sich in Kleinigkeiten und Selbstbeschäftigung zu verlieren. Die EU ist von unschätzbarem Wert; sie steht für Wohlstand, Frieden und Freiheit ist weit mehr als nur eine grüne NGO. Daher ist eine Rückbesinnung auf diese Werte essenziell. Die EU darf sich nicht in Geboten und Verboten verlieren; stattdessen sollte die Europäische Gemeinschaft sich auf ihre Stärken besinnen, um gemeinsam den Weg durch diese unsicheren Zeiten zu finden. Wir brauchen keine Union der Verbote und Gebote, sondern eine Union der Freiheit, des Friedens und der Wettbewerbsfähigkeit. Und dazu macht sich Niederösterreich für vier Leitlinien auf EU-Ebene stark:

- Bürokratie abbauen
- Schutz der Außengrenzen

besteht weiterhin Handlungsbedarf das Bürokratiekorsett zu lockern. Standards sind wichtig - wenn man sie jedoch wie die EU in den letzten Jahren vorgibt, tragen sie allerdings erheblich zur Mehrbelastung von Unternehmen, insbesondere von mittelständigen Betrieben, bei. Zentrale Überregulierungen führen zu pauschalen Lösungen und stehen im Widerspruch zur Vielfalt der Regionen und der EU. Wir sollten uns gegen Zentralisierung und Bürokratie in der EU wehren, unsere Regionen vor übermäßiger Regulierung im Alltag schützen und uns um den Schutz von Frieden, Freiheit und Wettbewerbsfähigkeit kümmern.

*„Gemeinsam arbeiten wir für eine Kurskorrektur der Europäischen Union, damit wir eine Union bekommen, die die großen Herausforderungen mit Hausverstand angeht und das tut, was die Menschen von ihr erwarten.“*

*Johanna Mikl-Leitner,  
Landeshauptfrau von Niederösterreich,  
2023*

**SCHUTZ DER AUSSENGRENZEN**

Weiters muss der Schutz der EU-Außengrenzen deutlich verbessert werden. Ungeschützte Außengrenzen der EU sind vielleicht die größte Bedrohung unserer Gemeinschaft. Der Kampf gegen illegale Migration ist zur Schlüsselfrage der EU geworden. Dies ist keine Ausländerfeindlichkeit; im Gegenteil, die EU braucht Zuzug von qualifizierten Arbeitskräften, um den Wohlstand in der EU zu erhalten. Zuzug sollte nach klaren Regeln erfolgen, zum Wohle unserer Wirtschaft und Gesellschaft. Migration erfordert eine gemeinsame Lösung und Allianzen mit den verschiedenen Mitgliedsstaaten. Hohe Bedeutung in den nächsten Jahren kommt hier Afrika zu; hier muss auch gesellschaft-

liche und moralische Unterstützung erfolgen. Die Lebensbedingungen vor Ort müssen verbessert werden, damit die Menschen nicht den Weg in die Fremde antreten, sondern in ihrer Heimat bleiben können. Die EU steht vor großen Herausforderungen, die es mit Hausverstand anzugehen gilt – genauso, wie es von den Menschen erwartet wird. Eine gemeinsame Kurskorrektur ist unerlässlich, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die EU wieder zu stärken. Es ist wichtig, die Erwartungen der Bevölkerung zu erfüllen und die anstehenden Probleme auf intelligente Weise anzugehen. Dies erfordert nicht nur kluge Überlegungen, sondern auch einen pragmatischen Ansatz bei der Bewältigung der aktuellen Herausforderungen. Die EU sollte sich darauf konzentrieren, Maßnahmen zu ergreifen, die einen positiven Einfluss auf das tägliche Leben der Menschen haben und ihre Interessen schützen. Durch eine transparente und verständliche Kommunikation kann die EU sicherstellen, dass ihre Bemühungen im Einklang mit den Erwartungen der Bürgerinnen stehen. Nur durch eine solche gemeinsame Anstrengung kann die EU erfolgreich ihre Rolle als effektive und verantwortungsbe- wussteste Institution weiterentwickeln.



Demands for a reorientation of Europe:  
**GUIDELINES FOR THE DEVELOPMENT OF EUROPE**

In recent years, the world has gone through a period of repeated upheaval, from Brexit to the pandemic and climate change, to the migration crisis, the war in Ukraine, and inflation. Faced with these challenges, there are many who feel the need to redefine where they stand in Europe. At the same time, Europe faces an urgent need to strengthen its position in the world, as we have entered an era of uncertainty and insecurity. Some people even want to question the European Union altogether, which is not only short-sighted, but extremely dangerous for all of us. It is important to recognize that only together, as part of the big picture, can we overcome these major challenges. As the challenges are changing,

- Strengthening competitiveness
- Promoting openness to innovative technologies

society, too, must put itself into question and strive for reorientation, without getting lost in petty concerns and pure navel gazing. The European Union is invaluable: it stands for prosperity, peace and freedom, and it is far more than just a green NGO. Recalling these values is essential. The EU must not lose itself in bans and prohibitions; instead, the European Union should reflect on its strengths in order to find a common path in these uncertain times. We do not need a Union of restrictions and regulations, but a Union of freedom, peace and competitiveness. To this end, Lower Austria advocates four guidelines at EU level:

- Reducing bureaucracy
- Protection of external borders

**STRENGTHENING COMPETITIVENESS**

It is essential to strengthen the EU's competitiveness vis-à-vis the USA and Asia, as this is the basis for the prosperity of our citizens on our continent. Alongside the preservation of peace and freedom, this represents one of the most important tasks. It is crucial to ensure that well-intentioned legal provisions do not threaten Europe's competitiveness. If regulations lead to companies relocating to other parts of the world and thereby endangering tens of thousands of jobs and livelihoods, this is counterproductive. The EU should not become a union of legal requirements and prohibitions, but rather promote freedom and competitiveness. It takes a balanced strategy to preserve the EU's strengths and, at the same time, promote innovation and competitiveness.

cent years, they create an additional workload, especially for SMEs. Centralized overregulation leads to generalized solutions and conflicts with the diversity of regions and the EU. We should take a firm stance against centralization and bureaucracy in the EU, protect our regions from excessive regulation in everyday life, and care about protecting peace, freedom and competitiveness.

*“Together we are aiming at a change of course for the European Union, as we want a Union that addresses the major challenges with common sense and in line with people's expectations.”*

*Johanna Mikl-Leitner,  
Governor of Lower Austria,  
2023*

**PROMOTING OPENNESS TO INNOVATIVE TECHNOLOGIES**

Being open to new technologies must be a top priority of the EU's climate policy. In the fight against climate change, climate protection and competitiveness must not be pitted against each other. Ecology and economy should not be regarded as competitors. This is not a question of „either/or“, as Europe will need both in the future. The Green Deal must not become a deal-breaker for the economy and should not be exclusively inward-looking. Climate protection is important, but the prosperity of citizens is just as crucial. It is essential to pursue a balanced strategy that takes both environmental protection and economic performance into account.

**PROTECTION OF EXTERNAL BORDERS**

Moreover, the protection of the EU's external borders must be significantly improved. Unprotected external borders of the EU may well be the greatest threat to our community. The fight against illegal migration has become a key issue for the EU. This is not to be taken as xenophobia; on the contrary, the EU needs an inflow of skilled workers to maintain prosperity in the EU. However, immigration should be based on clear rules for the benefit of our economy and society. Migration requires a common solution and alliances with Member States. Africa will be of great importance in the years to come and will require social and moral support. Living conditions on site must be improved so that people no longer take the risk of a journey to the unknown but can remain in their home countries. The EU is facing major challenges that need to be addressed with common sense, as this is what people expect. Changing course will be essential in order to restore citizens' trust



Forderung der Bürgerinnen und Bürger Europas:  
**SICHERHEIT FÜR EIN STABILES EUROPA**



Die Europäische Union trägt eine Verantwortung in der globalen Welt. Ihre Widerstandsfähigkeit ist eng mit der Neugier verbunden, ständig nach Innovation und Fortschritt zu streben. Die Wechselwirkung zwischen Widerstandsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit prägt ihre Position auf dem internationalen Parkett. Die Parameter Ordnung, Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit sind nicht nur grundlegende Säulen der EU, sondern dienen auch als Eck-

- Stabilität durch koordiniertes Vorgehen
- Resilienz der Lieferketten steigern

pfeiler für Demokratie, Wohlstand und Vielfalt. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Menschen in der EU das Vertrauen in die politischen Entscheidungsträger in Brüssel bewahren. Eine verantwortungsbewusste Politik, die die Anliegen und Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger ernst nimmt, stärkt nicht nur den Zusammenhalt in der Union, sondern festigt auch ihre Position als Akteur in einer sich wandelnden globalen Landschaft.

- Medienfreiheit in Krisenzeiten stärken
- Cyber-Sicherheit erhöhen

**STABILITÄT DURCH KOORDINIERTES VORGEHEN**

Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat uns vor Augen geführt, wie fragil unsere Welt ist. Atomare und chemische Waffen stellen immer noch ernsthafte Quellen der Instabilität dar. Angesichts dieser Bedrohung sind die NATO und andere Organisationen aufgefordert, entscheidende Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit in Europa und weltweit zu gewährleisten. Ein koordiniertes Vorgehen und eine robuste Verteidigung sind unerlässlich, um potenzielle Risiken einzudämmen und die Stabilität in der globalen Gemeinschaft zu sichern. Zusätzlich wird die Einheit und Solidarität durch illegale Migration gefährdet. Italien kommt in diesem Kontext als Brücke zwischen Nord- und Südeuropa eine besondere Bedeutung zu. Die Themen Nahrungssicherheit, Klimawandel und die Situation in Afrika tragen hier besonders zu Migrationswellen bei. Es ist von großer Bedeutung, diesem Problem mit kooperativen Ansätzen zu begegnen, um sowohl die Sicherheit der Regionen als auch die gemeinsame Solidarität zu wahren. Effektive Grenzkontrollen, Zusammenarbeit zwischen den Staaten und die Bewältigung der Ursachen, die Menschen zur Flucht zwingen, sind entscheidende Elemente für eine umfassende Lösung. Nur durch koordinierte Maßnahmen können wir die Herausforderungen der illegalen Migration erfolgreich bewältigen und die Einheit in der Gemeinschaft stärken.

**RESILIENZ DER LIEFERKETTEN STEIGERN**

Doch illegale Migration ist nicht die einzige aktuelle Herausforderung für die Europäische Union. Die Auswirkungen der Pandemie haben den Handel und die internationale Mobilität erschüttert, insbesondere durch die offengelegten Schwächen der Liefer- und Versorgungsketten. Diese Ereignisse haben auch die Grenzen der Globalisierung aufgedeckt, und es wird deutlich, dass ein unregulierter freier Handel Risiken birgt und die weniger demokratischen Systeme stärkt, während demokratische Prinzipien geschwächt werden. **Europa ist insbesondere bei**

Rohstoffen und Energie stark verwundbar. Die Krisen in der Welt setzen die Strategie der EU und die Weltordnung aufs Spiel. Afrika wird zu einem zentralen strategischen Aspekt, der verstärkte Investitionen und strategische Partnerschaften erfordert.

**MEDIENFREIHEIT IN KRISENZEITEN STÄRKEN**

In diesen Krisenzeiten ist die Medienfreiheit von entscheidender Bedeutung, wie durch den Europäischen Rechtsakt zur Medienfreiheit betont wird. In solchen Zeiten besteht das Risiko, dass Regierungen oder politische Akteure versuchen, Einfluss auf die Arbeit der Medien auszuüben. Der vorgeschlagene Rechtsakt setzt auf den Schutz der Medien und ihrer Redaktionen vor jeglicher Einflussnahme. Die zusätzlichen Empfehlungen konzentrieren sich darauf, einen Freiraum für freiwillige Maßnahmen und Strategien zu schaffen, die die Unabhängigkeit der Nachrichtenproduktion gewährleisten.

*“Europa steht vor enormen globalen Herausforderungen – vom Krieg vor unserer Haustür bis zur ungelösten Migrationsfrage. Zwischen den USA, Russland und China muss sich Europa als eigenständiger Akteur auf der globalen Bühne der Mächte etablieren. Klar ist, dass wir dazu unsere europäische Sicherheitsarchitektur neu denken müssen. Als neutraler Staat haben wir größtes Interesse an gemeinsamen Sicherheitsinitiativen. Die österreichische Teilnahme an der ‚European Skyshield Initiative‘ ist ein wesentlicher Schritt“*

*Karoline Edtstadler,  
Bundesministerin für EU und Verfassung,  
2023*

Diese Maßnahmen betreffen verschiedene Aspekte, beginnend bei den Bedingungen für die unabhängige Erstellung redaktioneller Inhalte bis hin zur Sicherstellung der finanziellen Unabhängigkeit der Medien. Die finanzielle Unabhängigkeit ist entscheidend, um Medien

vor Erpressung zu schützen. Ein transparentes System bezüglich der Eigentumsverhältnisse und der Finanzierung der Medien, einschließlich staatlicher Zuwendungen, trägt dazu bei, Manipulationen zu verhindern. Die Mitwirkung von Journalisten an Entscheidungen über den Medienbetrieb und langfristige Strategien zur Stabilität der Nachrichtenproduktion sind ebenfalls Schlüsselemente dieses Schutzmechanismus. In Krisenzeiten wird die Medienfreiheit zu einem Instrument, das die Öffentlichkeit vor Beeinflussung und Manipulation schützt. Sie trägt dazu bei, dass Nachrichteninhalte unvoreingenommen, transparent und im Interesse der Gesellschaft produziert werden.

**CYBER-SICHERHEIT ERHÖHEN**

Gerade in diesem Kontext kommt der Thematik der globalen Internet Governance besondere Bedeutung zu. Internet Governance spielt eine entscheidende Rolle in einer Zeit, in der technologische Standards die Basis für barrierefreie Kommunikation schaffen. Im Zeitalter einer fragmentierten weltpolitischen Lage sind Multigovernance-Perspektiven von entscheidender Bedeutung, um gemeinsam Grenzen zu überwinden. Die Stärkung der Informationskompetenz in der Bevölkerung ist unabdingbar, um den vielfältigen Gefahren des Internets zu begegnen. Von Kriminalität im Deep und Darknet bis zu Troll-Fabriken und Wahlmanipulation müssen Bürgerinnen und Bürger von Kindheit an über einen angemessenen Umgang mit digitalen Medien informiert werden. Dabei spielt „Computational Thinking“ und eine umfassende Bildung eine Schlüsselrolle. Cybersicherheitsstrategien sind essenziell, um Risiken wie Ransomware-Angriffe zu bewältigen. Hierbei ist nicht nur die Politik gefragt, sondern auch jeder Einzelne, der sich bewusst sein muss, wie er sich sicher im Internet bewegt. Die Gesellschaft muss sich aktiv mit ethischen Fragen im Kontext von technologischen Paradigmenwechseln auseinandersetzen. Die Entwicklung von gemeinsamen Prinzipien, wie im „Global Digital Compact“, ist ein positiver Schritt in Richtung einer offenen, freien und sicheren digitalen Zukunft für alle.



Demand of European citizens:  
**SECURITY FOR A STABLE EUROPE**



The European Union bears heavy responsibility in the world as a whole. Its resilience is closely linked to an attitude of constantly striving for innovation and progress. Its position in the international arena is marked by the interaction between resilience and competitiveness. Order, security, the rule of law and freedom are not only fundamental pillars of the EU, but also represent corners-

- Stability through a coordinated approach
- Greater resilience of supply chains

tones of democracy, prosperity and diversity. It is crucial that people in the EU maintain confidence in the policymakers in Brussels. Responsible policies that take the citizens' concerns and needs seriously not only strengthen cohesion within the Union, but also consolidate its position as a player in a changing global landscape.

- Strengthening freedom of the media in times of crisis
- Increasing cyber security

**STABILITY THROUGH A COORDINATED APPROACH**

Russia's war of aggression against Ukraine has shown how fragile our world is. Nuclear and chemical weapons continue to represent serious sources of instability. In view of this threat, NATO and other organizations are called upon to take decisive action to ensure security in Europe and around the world. Coordinated action and robust defence are essential to contain potential risks and ensure stability in the global community. Additionally, unity and solidarity are threatened by illegal migration. In this context, Italy is playing a particularly important role as a bridge between northern and southern Europe. The issues of food security, climate change and the situation in Africa are among the main factors driving migration. It is particularly important to address this problem on the basis of a cooperative approach in order to preserve both regional security and common solidarity. Effective border checks, cooperation between states, and addressing the root causes that force people to flee from their home countries are crucial elements of a comprehensive solution. Only through coordinated action can we successfully cope with the challenges of illegal migration and strengthen unity in society.

**GREATER RESILIENCE OF SUPPLY CHAINS**

However, illegal migration is not the only current challenge facing the European Union. The impact of the pandemic has disrupted trade and international mobility and, in particular, exposed weaknesses in supply and delivery chains. These events have also revealed the limits to globalization and shown that unregulated free trade poses risks and strengthens less democratic systems, while weakening democratic principles. Europe is highly vulnerable, especially in terms of raw materials and energy. Crises all over the world are jeopardizing the strategy of the EU and the world order. Africa is becoming a key strategic issue, requiring increased investment and strategic partnerships.

**STRENGTHENING FREEDOM OF THE MEDIA IN TIMES OF CRISIS**

In times like these, freedom of the media is of crucial importance, as emphasized by the European Media Freedom Act. In a period of multiple crises, there is a risk of governments or political actors attempting to exert influence on the work of the media. The proposed regulation is intended to protect the media from any interference with editorial decisions. The additional recommendations focus on providing a framework for voluntary measures and policies that ensure the independence of news production.

*“Europe is facing enormous global challenges - from the war on our doorstep to the unresolved issue of migration. Between the USA, Russia and China, Europe has to position itself as an independent player on the world stage of powers. To this end, we need to rethink our European security architecture. As a neutral state, we have the greatest interest in joint security initiatives. Austria's participation in the ‚European Skyshield Initiative‘ is an essential step.“*

*Karoline Edtstadler,  
Federal Minister for the EU and the Constitution,  
2023*

These measures address various aspects, from the conditions for independent editorial content production to ensuring the financial independence of the media. Financial independence is crucial to protect media from undue pressure. Transparency regarding media ownership and funding, including government support, helps to prevent manipulation. The involvement of journalists in decisions about media operations and long-term strategies for the stability of news production are key elements of these safeguards. In times of crisis, freedom of the media becomes an instrument that protects the public from being influenced and manipulated. It helps to ensure that news content is produced in an unbiased, transparent manner in the interest of society.



Forderung der Bürgerinnen und Bürger Europas:  
**WESTBALKAN-LÄNDER ALS PERSPEKTIVE FÜR EUROPA**



Im 20. Jahrhundert entwickelte sich die Europäische Union von ihren Ursprüngen und Nachkriegsabkommen weiter und wuchs von sechs auf 27 Mitgliedstaaten. Im 21. Jahrhundert verlangsamte sich die geografische Expansion, während wirtschaftliche und politische Standards etabliert wurden. Seit dem Beitritt Kroatiens vor etwa 10 Jahren und dem Austritt des Vereinigten Königreichs hat sich die Diskussion über EU-Beiträge verändert. Die Frage des

Beitritts der Ukraine ist aufgrund des russischen Angriffskriegs intensiver geworden. Der Europäische Rat beschloss im Dezember 2023 die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine und der Republik Moldau. Diese Entscheidung ist für Österreich ein Zeichen der Solidarität und soll eine starke Motivation für die Umsetzung von Reformen in den Beitrittsländern sein.

Diese Situation betrifft vor allem auch die Westbalkanstaaten Albanien, Bosnien und Herzegowina, Nordmazedonien, Kosovo, Montenegro und Serbien als weitere (potenzielle) Beitrittskandidaten. Schon vor 20 Jahren hat die Europäische Union die Zukunft dieser Länder in Europa hervorgehoben, und seitdem hat sich der Kandidatenstatus um die Aufnahme von Beitrittsgesprächen schrittweise weiterentwickelt. Dennoch handelt es sich um einen langsamen und sehr bürokratischen Prozess. Während innenpolitische und Grenzkonflikte in einigen der betroffenen Staaten den Beitritt verlangsamten, führt die Zurückhaltung der EU auch zu einer Beitrittsmüdigkeit der Bürgerinnen und Bürger.

Um eine neue Dynamik für ein stabiles und zusammenwachsendes Europa aufzubauen und die Beitrittsprozesse zu beschleunigen, haben sich – unter der Initiative Österreichs - die Slowakei, Tschechien, Kroatien, Italien, Slowenien und Griechenland als die „Friends of the Western Balkans“ zusammengeschlossen und in der Göttweiger Erklärung eine beschleunigte Integration der Westbalkan-Staaten mit konkreten Umsetzungsschritten gefordert. Dazu sol-

len die Kandidatenländer bereits vor einem Vollbeitritt stärker in europäische Politiken und Gremien eingebunden werden. Gerade im Kontext des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine muss es im EU-Interesse sein, sich mit den Westbalkan-Partnern in der Außen- und Sicherheitspolitik viel enger auszutauschen. Denn Probleme, die in Südosteuropa auftreten, wirken sich unmittelbar auch in Österreich aus.

*„Als „Friends of Western Balkans“ sind wir eine starke Stimme für einen Westbalkan des Wohlstands und der Sicherheit. Die Freundesgruppe wird Taktgeber für eine Region sein, der wir seit über 20 Jahren im Wort sind, dass sie Teil der EU-Familie werden.“*

*”* Alexander Schallenberg,  
Außenminister,  
2023

Verbündete in diesen Forderungen finden sich auch in den USA, genauer mit dem U.S. Department of State, welches gemeinsam mit dem österreichischen Außenministerium Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Zivilgesellschaft und der Diaspora der Westbalkan-Staaten zusammenbringt, um konkrete Lösungsvorschläge, Perspektiven und Empfehlungen für den europäischen Weg zu erarbeiten.

Auch im Rahmen des absolut notwendigen Fokus auf die Ukraine kann es sich die EU nicht leisten, die Staaten Südosteuropas aus den Augen zu verlieren. Wenn die EU-Staaten ein Signal an die Nachbarn im Osten schicken, müssen sie auch die geopolitische Verantwortung gegenüber dem Südosten Europas wahrnehmen.



Demand of European citizens:  
**THE WESTERN BALKANS AS A PERSPECTIVE FOR EUROPE**

In the 20th century, the European Union evolved from its origins and post-war agreements, growing from six to 27 Member States. In the 21st century, geographic expansion was slowing down while economic and political standards were being established. Since Croatia's accession about 10 years ago and the United Kingdom's exit, the debate about EU accession has changed. The question of Ukraine's accession has gained in intensity on account of Russia's

war of aggression. In December 2023, the European Council decided to open accession negotiations with Ukraine and the Republic of Moldova. In Austria's opinion, this decision is a token of solidarity and a strong motivation for the implementation of reforms in the accession countries.

This situation concerns, above all, the Western Balkan states of Albania, Bosnia and Herzegovina, North Macedonia, Kosovo, Montenegro and Serbia as well as other (potential) candidates for accession. As early as 20 years ago, the European Union emphasized the European future of these countries; since then, there has been a gradual improvement in candidate status through the initiation of accession talks. Nevertheless, this is a slow and highly bureaucratic process. While internal political tension and border conflicts are slowing down the accession process in some of the countries concerned, reluctance on the part of the EU has led to a certain degree of accession fatigue among their citizens.

In order to build new momentum for a stable Europe with greater cohesion and to accelerate the accession processes, Slovakia, the Czech Republic, Croatia, Italy, Slovenia and Greece - under the initiative of Austria - have joined forces as the „Friends of the Western Balkans“

and called for accelerated integration of the Western Balkan states with concrete steps of implementation, as outlined in the Göttweig Declaration. To this end, the candidate countries are to be more closely involved in European policies and institutional bodies even before they become full members. In particular, given Russia's war of aggression against Ukraine, a much closer exchange with the Western Balkan partners on foreign- and security-policy matters must be in the EU's own interest. After all, problems that arise in South-Eastern Europe have a direct impact in Austria.

*“As “Friends of the Western Balkans” we speak with a strong voice, advocating prosperity and security for the Western Balkan countries. The group of friends will act as the pacesetter for a region we gave our word over twenty years ago that it would be part of the EU family.”*

*”* Alexander Schallenberg,  
Austrian Minister of Foreign Affairs,  
2023

Such demands are being endorsed by the USA, especially the U.S. Department of State, which, together with the Austrian Ministry of Foreign Affairs, encourages representatives of the world of politics, civil society and the diaspora of the Western Balkan states to jointly elaborate concrete proposals for solutions, perspectives and recommendations for the path to Europe.

Although its focus on Ukraine is an absolute must, the EU cannot afford to lose sight of the countries of South-Eastern Europe. When sending a signal to their neighbours to the east, the EU Member States must, at the same time, assume their geopolitical responsibility towards the south-east of Europe.



Forderung der Bürgerinnen und Bürger Europas:  
**FORSCHUNG UND INNOVATION ALS  
TRIEBFEDER EUROPAS**



In einer Ära, die von rascher Digitalisierung geprägt ist, liegt der Fokus auf der Ausbildung kreativer und flexibler Fachkräfte. Es geht darum, Personen zu fördern, die nicht nur exzellente fachliche Kenntnisse besitzen, sondern auch die Fähigkeit mitbringen, über den eigenen Bereich hinauszublicken und sich schnell in neue Themen einzuarbeiten. Die ständige Weiterentwicklung neuer Technologien erfordert diese Offenheit und Lernbereitschaft.

- Zusammenarbeit bei Wasserstoff-Projekten
- Nachhaltige Mobilität mit Technologieoffenheit

Österreich hat bereits gute Voraussetzungen geschaffen, um den Anforderungen dieser dynamischen Zeit gerecht zu werden. Auch die Nachbarländer verfügen über herausragende Bildungs- und Forschungslandschaften. Österreich selbst ist durch Kooperationen mit Ländern wie Deutschland und der Schweiz international exzellent vernetzt.

- Klare gesetzliche Rahmenbedingungen mit realistischen Zielen
- Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung intensivieren

Bei der Gestaltung solcher Kooperationen ist es von entscheidender Bedeutung, die verschiedenen Ebenen zu berücksichtigen, auf denen sie stattfinden – von regionaler bis hin zur globalen Ebene. Die enge Verzahnung auf regionaler Ebene ist ebenso wichtig wie die Initiierung großer internationaler Kooperationen. Politik und Verwaltung spielen hier eine Schlüsselrolle, indem sie die richtigen Rahmenbedingungen schaffen, um diese Zusammenarbeit zu unterstützen.

**ZUSAMMENARBEIT BEI  
WASSERSTOFF-PROJEKTEN**

Ein konkretes Beispiel für eine solche bedeutsame Kooperation ist die Zusammenarbeit zwischen dem Freistaat Bayern und dem Land Niederösterreich im Bereich Wasserstoff. Der Freistaat Bayern hat mit seiner Wasserstoffstrategie und der Gründung des Wasserstoffbündnisses in Europa eine Vorreiterrolle eingenommen. Durch die Kooperation dieser beiden Regionen entsteht nicht nur ein Austausch von Erfahrungen im Bereich Wasserstoff, sondern es werden auch geeignete politische Rahmenbedingungen für Produktion und Nutzung sowie die Weiterentwicklung von Schlüsseltechnologien ausgelotet. Dieses Beispiel zeigt, wie länderübergreifende Zusammenarbeit nicht nur Wissenstransfer ermöglicht, sondern auch politische Weichenstellung für zukunftsweisende Technologien fördert. Insgesamt unterstreicht dies die Bedeutung von internationalen Partnerschaften und die Notwendigkeit, diese gezielt zu fördern, um den Herausforderungen der modernen, vernetzten Welt gerecht zu werden.

**NACHHALTIGE MOBILITÄT MIT  
TECHNOLOGIEOFFENHEIT**

Ein konkretes Beispiel findet sich im Ausbau der nachhaltigen Mobilität. Hier sind entscheidende Fortschritte nur möglich,

wenn die Entwicklung nicht von vornherein festgelegt wird. Die Freiheit der Forschung ist dabei von zentraler Bedeutung, ebenso wie die Förderung neuer Technologien und die praktische Bewertung ihres Nutzens, sprich, Technologieoffenheit. Dieser Ansatz erfordert eine offene Herangehensweise, um innovative Lösungen zu ermöglichen.

*„Österreich und Bayern sind Infrastruktur-Drehscheibe für den Wasserstofftransport. Beide Länder sind Vorreiter im Bereich Wasserstofftechnologien und schieben durch Vernetzung und Kooperation die grenzüberschreitende Wasserstoffwirtschaft kraftvoll an.“*

*Hubert Aiwanger,  
Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft,  
2023*

Ein zentrales Hindernis für nachhaltige Mobilität liegt in der unzureichenden Anpassung der existierenden Energie- und Verkehrsinfrastruktur. Es ist notwendig, diese Infrastruktur zu adaptieren und zu ergänzen, um den Anforderungen neuer Energie- und Mobilitätsformen gerecht zu werden. Eine Möglichkeit dazu besteht darin, Infrastruktur-Einheiten und Produktionsstätten in starken, industriell-gewerblichen Regionen zu bündeln. Dadurch können strategisch optimierte Trichter entlang internationaler Verkehrskorridore geschaffen werden, um sowohl regionale als auch überregionale Potenziale zu maximieren.

**KLARE GESETZLICHE RAHMEN-  
BEDINGUNGEN MIT REALISTISCHEN  
ZIELEN**

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen spielen eine entscheidende Rolle. Eine klare gesetzliche Grundlage mit realistischen Etappen-Zielen auf dem Weg zur Dekarbonisierung ist erforderlich. Diese Regelungen sollten flexibel genug sein, um

die Forschung und Industrie nicht zu stark einzuschränken, was deren Wettbewerbsfähigkeit schaden könnte. Geltende Regularien sollten es erlauben, Dinge auszuprobieren und innovativ zu handeln.

Ein weiterer wichtiger Grundsatz ist die Anwendung des ökonomischen Prinzips auf ökologische Ziele. Nachhaltige Mobilität muss leistbar sein und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts nicht beeinträchtigen. Dies erfordert eine ausgewogene Berücksichtigung von ökologischen und ökonomischen Gesichtspunkten.

**BEWUSSTSEINSBILDUNG IN DER  
BEVÖLKERUNG INTENSIVIEREN**

Die Akzeptanz und Unterstützung der Bevölkerung sind entscheidend für das Erreichen der europäischen Klimaziele im Mobilitätssektor. Um dies zu gewährleisten, ist es notwendig, die Bevölkerung ausreichend zu informieren und aktiv in den Umstellungsprozess einzubeziehen. Diese Informations- und Beteiligungsstrategie sollte umfassend sein, um einen Markt für neue Mobilitätsangebote zu schaffen. Im Zusammenhang damit müssen auch zentrale Akteure wie Feuerwehren und Abschleppdienste im Umgang mit neuen Mobilitäts-Technologien geschult werden. Diese Schulungen sollen nicht nur mehr Sicherheit für diese Akteure bieten, sondern auch das Vertrauen der Nutzer in die neuen Technologien stärken. Damit wird ein ganzheitlicher Ansatz für eine erfolgreiche und nachhaltige Mobilität geschaffen, der technologische, gesetzliche, ökonomische und soziale Aspekte integriert.



Demand of European citizens:  
**RESEARCH AND INNOVATION AS THE DRIVING  
FORCE OF EUROPE**



In an era characterized by rapid digitization, the focus is on providing training for creative and flexible professionals. The aim is to develop people who not only have excellent professional qualifications, but are also able to look beyond their own fields of specialization and quickly familiarize themselves with new topics. The continuous development of new technologies demands people

- Cooperation on hydrogen projects
- Sustainable mobility with openness to innovative technologies

who are open to innovation and willing to learn. Austria has created favourable conditions to meet the demands of such dynamic times. Its neighbouring countries also have outstanding educational institutions and research facilities. Austria itself takes pride in its excellent international network developed through cooperation with countries such as Germany and Switzerland.

- Clear legal framework with realistic goals
- Intensified awareness-building among the population

When arranging for such cooperation, it is crucial to consider the various levels concerned, from regional to global. Close interaction at the regional level is just as important as initiating major international collaboration projects. Political and administrative actors have a key role to play, as they need to create the appropriate framework to support such cooperation.

**COOPERATION ON HYDROGEN  
PROJECTS**

As a specific example of such significant cooperation, collaboration between the Free State of Bavaria and the Land of Lower Austria in the field of hydrogen technology is worth mentioning. The Free State of Bavaria, with its hydrogen strategy and the establishment of the Hydrogen Alliance, has assumed a pioneering role in Europe. Within the framework of their cooperation, these two regions are not only exchanging experience in the field of hydrogen, but also exploring suitable political framework conditions for the production and use as well as the further development of key technologies. This example shows how transnational cooperation not only facilitates knowledge transfer, but also prepares the ground for policymakers to promote future-oriented technologies. Overall, this underscores the importance of international partnerships and the need to promote cooperation in a targeted manner in order to meet the challenges of our modern, interconnected world.

**SUSTAINABLE MOBILITY WITH  
OPENNESS TO INNOVATIVE  
TECHNOLOGIES**

Fostering sustainable mobility is another example. Decisive progress in this field will only be possible if developments are not geared from the outset towards a specific objective. Freedom of research is of central importance, as is the promotion of new technologies and the practical evaluation of their benefits, which implies openness to innovation. Innovative solutions will only be possible in a spirit of complete openness.

*„Austria and Bavaria are infrastructure hubs for the transport of hydrogen. Both countries are pioneers in the field of hydrogen technologies, forcefully driving the development of the hydrogen sector through cross-border networking and cooperation.“*

*Hubert Aiwanger,  
Bavarian Minister of Economic Affairs,  
2023*

A central obstacle to sustainable mobility is due to the inadequate adaptation of the existing energy and transport infrastructure. It will be necessary to adapt and supplement this infrastructure to meet the requirements of new forms of energy and mobility. One way to reach this target is to cluster infrastructure units and production facilities in regions with strong industrial and commercial activities. This can lead to the creation of strategically optimized focal areas along international transport corridors to maximize the potential at both regional and transregional levels.

**CLEAR LEGAL FRAMEWORK WITH  
REALISTIC GOALS**

The legal framework plays a decisive role. A clear legal basis with realistic interim targets on the way to decarbonization is required. The regulations in place should be flexible enough not to impose excessive restrictions on research and industry, which might jeopardize their competitiveness. Existing regulations should allow enough room for experimentation and innovation.

Applying the economic principle to ecological goals is another important point. Sustainable mobility should be affordable; at the same time, it must not impair the competitiveness of the location. This requires a balanced consideration of ecological and economic aspects.

**INTENSIFIED AWARENESS-  
BUILDING AMONG THE POPULATION**

Acceptance and support by the population are crucial for achieving the European climate targets in the mobility sector. To ensure such support, the population needs to be sufficiently informed and actively involved in the transition process. A comprehensive information and participation strategy is essential in order to create a market for new mobility offers. In this context, key players such as fire brigades and towing services must also be trained in the use of new mobility technologies. Such training should not only provide greater safety for these actors, but also boost user confidence in the new technologies. This will ensure a holistic approach to successful and sustainable mobility that integrates technological, legal, economic and social aspects.

VISIT US ONLINE



[www.europaforum.at](http://www.europaforum.at) 

[facebook.com/europaforumwachau](https://facebook.com/europaforumwachau) 



Europa-Forum Wachau, Landhausplatz 1, Haus 3, 3109 St. Pölten  
mail: [office@europaforum.at](mailto:office@europaforum.at), web: [www.europaforum.at](http://www.europaforum.at)